

An den Bundesrat
 Bundeskanzlei
 Bundeshaus
 3003 Bern

Aufforderung zu verantwortungsvoller, menschlicher Flüchtlingspolitik in Ungarn und geordneter, sicherer Aufnahme in Europa

Aufgrund des Krieges in Syrien und der unsicheren Lage im Irak, Afghanistan und weiteren Ländern sind gegenwärtig Millionen von Menschen auf der Flucht; ein Teil davon sucht in Europa Zuflucht. Europa steht in der Pflicht, diesen Menschen Schutz zu bieten. Ungarn, über das sehr viele Flüchtlinge reisen, hat aber kürzlich eine Reihe von Entscheidungen getroffen und Gesetze erlassen, die dies verhindern sollen. Das Vorgehen der ungarischen Regierung macht Flüchtende zu Kriminellen und setzt sie unnötig grossen Risiken aus; bereits sind Todesopfer zu beklagen.

Misstände:

- **Unsichere und unmenschliche Bedingungen** für die Menschen am Bahnhof Budapest-Keleti und den überfüllten Flüchtlingslagern in Ungarn.
- **Ernstzunehmende Menschenrechtsverletzungen** gegen schutzsuchende Menschen in Ungarn: Inhaftierung unter unmenschlichen Bedingungen, Gewaltandrohungen der Polizei, verweigerter Zugang zu Wasser, Nahrung sowie grundlegender Gesundheitsversorgung, die Trennung von Familien und Gewalt von Neonazigruppen an Flüchtenden.
- Neu wird der Übertritt über die grüne Grenze von Serbien nach Ungarn mit **3-8 Jahren Haft** bestraft (8-20 Jahren bei Beschädigung des Grenzzauns). Die Gerichtsverfahren finden dabei **ohne Übersetzung** statt; ausserdem gibt es – in Missachtung nationaler und internationaler Gesetze – **keine besonderen Schutzmassnahmen für Minderjährige**.
- An den ungarisch-serbischen Grenzposten wird ein **Schnell-Verfahren** entscheiden, welche Flüchtenden überhaupt einen Antrag auf Asyl stellen dürfen; Abgewiesene haben keine Möglichkeit, Einspruch zu erheben.
- **Serbien, Mazedonien und Griechenland** wurden zu sicheren Drittstaaten erklärt, damit Flüchtlinge dorthin deportiert werden können; diese Länder sind jedoch mit der aktuellen Situation absolut überfordert und für Flüchtende nicht sicher.
- Neu kann die ungarische Regierung Notfallmassnahmen erlassen, welche unter anderem dem ungarischen Militär erlauben, zum Zweck der Grenzkontrollen **Waffengewalt gegen Flüchtlinge** anzuwenden.

Die Unterzeichnenden fordern den Bundesrat auf, die aufgeführten Misstände bei der ungarischen Regierung anzuprangern und sie an ihre menschliche Verantwortung zu erinnern. Der Bund soll in Zusammenarbeit mit den ungarischen Behörden humanitäre Hilfe leisten und den sicheren Weitertransport der Flüchtenden in andere europäische Länder und die Schweiz ermöglichen.

Name	Vorname	Adresse Falls weitere Infos gewünscht: E-Mail	Unterschrift

Petition bitte bis **Freitag, 18. September 2015**, zurücksenden; per Post: Komitee für Sichere Fluchtwege, Kandererstrasse 25, 4057 Basel; eingescannt per E-Mail an sichere-fluchtwege@gmx.ch / Für Fragen und Informationen: 077 465 23 22 / sichere-fluchtwege@gmx.ch

Eine Petition darf von jeder Person (auch Minderjährige, Ausländer, etc.) einmal unterzeichnet werden. Die Unterzeichnenden übernehmen keinerlei Verpflichtungen. Leere Formulare dürfen beliebig kopiert werden.